



World Health Organization
REGIONAL OFFICE FOR Europe



UNECE

UN environment

EUROPEAN ENVIRONMENT AND HEALTH PROCESS

Mehr Gesundheit. Gesundere Umwelt. Nachhaltige Konzepte.

Sechste Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit Ostrava (Tschechische Republik), 13.–15. Juni 2017

Einführung

Die Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit im Juni 2017 ist die sechste in einer Reihe von Ministerkonferenzen, die 1989 im Rahmen des Prozesses Umwelt und Gesundheit für Europa (EHP) auf den Weg gebracht wurde. Nachstehend wird ein Überblick über die Ministerkonferenzen gegeben.

Überblick über die Ministerkonferenzen Umwelt und Gesundheit von 1989 bis heute

Konferenz	Ort	Jahr	Wichtigste Ergebnisse
Erste Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit	Frankfurt	1989	<ul style="list-style-type: none"> Europäische Charta zu Umwelt und Gesundheit, 1989 Einrichtung des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit
Zweite Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit	Helsinki	1994	<ul style="list-style-type: none"> Aufstellung der Nationalen Aktionspläne für Umwelt und Gesundheit (NEHAP)
Dritte Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit	London	1999	<ul style="list-style-type: none"> Charta Verkehr, Umwelt und Gesundheit Protokoll über Wasser und Gesundheit zu dem Übereinkommen von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen
Vierte Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit	Budapest	2004	<ul style="list-style-type: none"> Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region der WHO (CEHAPE).
Fünfte Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit	Parma (Italien)	2010	<ul style="list-style-type: none"> „Entschlossenheit zum Handeln“ in Bezug auf vier vorrangige Ziele und Querschnittsthemen der Region erneuerter Steuerungsrahmen für den Prozess Umwelt und Gesundheit

Die Ministerkonferenzen Umwelt und Gesundheit bieten ein einzigartiges bereichsübergreifendes Politikforum, das die Gesundheits- und Umweltministerien der 53 Mitgliedstaaten in der Europäischen Region der WHO und andere Vertreter internationaler Organisationen (etwa des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, der Europäischen Kommission, der Europäischen Umweltagentur, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Regionalen Umweltzentrums für Mittel- und Osteuropa, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP)) sowie nichtstaatlicher Organisationen aus verschiedenen Bereichen und Vertreter der Jugend auf Augenhöhe zusammenbringt, um die Prioritäten für umwelt- und gesundheitspolitische Maßnahmen zu bewerten und politische Verpflichtungen zur Verwirklichung dieser Prioritäten einzugehen.

Wichtigstes Ergebnis dieser Konferenzen ist ein politisches Dokument, das aus einem inklusiven und transparenten politischen Verhandlungsprozess unter Beteiligung der Mitgliedstaaten und anderer Akteure hervorgeht. Das Ergebnisdokument, in dem die Mitgliedstaaten ihr politisches Bekenntnis zu den Prioritäten in der Europäischen Region der WHO abgeben, wird auch vom WHO-Regionalkomitee für Europa und dem Ausschuss für Umweltpolitik der UNECE gebilligt.

Im jüngsten Ergebnisdokument, das die Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit und das Papier „Entschlossenheit zum Handeln“ beinhaltet, wurden die Auswirkungen der nationalen und internationalen Umweltpolitik auf die Gesundheit in der Europäischen Region zwischen 1990 und 2010 begutachtet, neu entstehende umweltbedingte Gesundheitsprobleme mit Schwerpunkt auf Querschnittsfragen aufgezeigt und zeitgebundene Zielvorgaben für Fortschritte in Bezug auf Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Luftverunreinigung, Chemikaliensicherheit, asbestbedingte Krankheiten sowie ein sicheres Umfeld für Kinder aufgestellt. Zudem wurde in dem Dokument ein Handlungsrahmen für Klimawandel und Gesundheit angenommen. Darüber hinaus wurde darin der Steuerungsrahmen für den EHP erneuert, und zwar durch die Einsetzung der Europäischen Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit (EHTF) und des Europäischen Ministerausschusses für Umwelt und Gesundheit. Die EHTF ist die führende internationale Instanz für die Umsetzung und Überwachung des EHP, während der Europäische Ministerausschuss für Umwelt und Gesundheit als politisches Gesicht und treibende Kraft der internationalen Politik im Bereich Umwelt und Gesundheit die Verwirklichung der innerhalb des EHP eingegangenen Verpflichtungen vorantreibt.

Auf dem Weg zu einem politischen Ergebnis

Die Sechste Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit ist das nächste wesentliche Etappenziel des EHP. Ein Vierteljahrhundert nach der Aufstellung des EHP in Frankfurt im Jahr 1989 wird die Ministerkonferenz Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme der veränderten geopolitischen, sozioökonomischen und demografischen Gegebenheiten in der Europäischen Region, der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, auf die sich die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stützt, und des Rahmenkonzepts der Europäischen Region für Gesundheit und Wohlbefinden – „Gesundheit 2020“ – bieten. Auf der Sechsten Ministerkonferenz sollen die Umwelt- und Gesundheitsprioritäten für Europa im 21. Jahrhundert festgelegt und das Engagement und die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten und anderer gegenwärtiger und neuer Interessenträger in Bezug auf den EHP gesteigert werden.

Insbesondere geht es auf der Sechsten Ministerkonferenz darum, den EHP als Plattform für die koordinierte Verwirklichung ausgewählter Ziele und Vorgaben aus der Agenda 2030 und des Rahmenkonzepts „Gesundheit 2020“ zu nutzen. Dabei soll der Schwerpunkt auf Ungleichheiten, einer verbesserten Steuerung, der bereichsübergreifenden Arbeit und rechtbasierten Ansätzen für den Umgang mit den wichtigsten Determinanten von Gesundheit in der Gegenwart liegen.

Die an der Sechsten Ministerkonferenz teilnehmenden Mitgliedstaaten sind aufgerufen, eine entschiedene und zielgerichtete politische Erklärung anzunehmen und zu unterzeichnen, die im Rahmen eines breit angelegten und inklusiven, vom EHTF gesteuerten Konsultationsprozesses ausgehandelt wurde. Die politische Erklärung wird voraussichtlich einen Aktionsplan zu ihrer Umsetzung und eine Vereinbarung zur Änderung der institutionellen Regelungen für den EHP nach 2017 enthalten.

Die Erklärung und ihre Anhänge sind derzeit Gegenstand eines politischen Verhandlungsprozesses, der während der Hochrangigen Tagung zur Halbzeitbilanz des EHP im April 2015 in Haifa (Israel) eingeleitet wurde. Der Prozess umfasst zwei Komponenten: politische Verhandlungen und Fachkonsultationen.

- a) **Politische Verhandlungen:** Sie werden vom EHTF geleitet, das von seiner Ad-hoc-Arbeitsgruppe unterstützt wird. Die jüngste Verhandlungsrunde fand am 29.–30. November 2016 in Wien statt; die nächste ist für den 10.–11. April 2017 in Kopenhagen anberaumt. Daneben findet zwischen Februar und März 2017 eine webgestützte Konsultation im Rahmen der Vorbereitung der 67. Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa statt.
- b) **Fachkonsultationen:** Diese Konsultationen, die unter Beteiligung von Wissenschaftlern, Experten, Interessenträgern und Vertretern der Mitgliedstaaten stattfanden, waren den wichtigsten thematischen Prioritäten gewidmet, die von den Mitgliedstaaten als maßgeblich für die künftige Umwelt- und Gesundheitsagenda in der Europäischen Region benannt wurden. Sie lieferten die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die als Ausgangspunkt für den politischen Verhandlungsprozess dienen. Dabei wurden die nachstehenden Prioritäten herausgearbeitet, die konkrete Maßnahmen aufzeigen, mit denen die Mitgliedstaaten Fortschritte erzielen könnten:
 - die Umweltverträglichkeit von Gesundheitssystemen als Mittel zur effizienteren Nutzung von Energie und Ressourcen, zum sachgerechten Umgang mit Chemikalien in ihrem gesamten Lebenszyklus und zur Verringerung der Umweltverschmutzung und des Abfallaufkommens fördern;
 - eine integrierte, nachhaltige und sichere Wasserver- und Abwasserentsorgung und hygienische Bedingungen für alle schaffen;
 - die Luftqualität als größten umweltbedingten Risikofaktor in der Europäischen Region verbessern, indem die Luftgüte-Leitlinien der WHO verstärkt umgesetzt werden;
 - die Städte und Regionen in der Europäischen Region umweltverträglich und gesundheitsförderlich gestalten, indem ihre Rolle bei der Förderung des Wandels voll anerkannt wird;
 - die Risiken für die menschliche Gesundheit durch Abfälle, Altlasten und Chemikalien mindern und gleichzeitig den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft unterstützen;
 - Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz treffen, unter anderem indem die Widerstandsfähigkeit gestärkt und der dabei entstehende zusätzliche Nutzen hinsichtlich der Luftqualität anerkannt wird; und
 - die Chemikaliensicherheit und sichere nicht-chemische Alternativen fördern, unter anderem indem die Überwachung der Chemikalienbelastung (einschließlich Human-Biomonitoring) nach dem Vorsorgeprinzip gefördert wird und Investitionen in Risikoabschätzung und Forschung getätigt werden, die ein besseres Verständnis der

Belastung des Menschen durch Chemikalien und der damit verbundenen Krankheitslast ermöglichen.

In der Erklärung dürften die Mitgliedstaaten die Verpflichtung eingehen, den EHP als Plattform für die Verwirklichung der Agenda 2030 und die Berichterstattung über diesbezügliche Fortschritte sowie als Mechanismus für die verstärkte Erfüllung bestehender Zusagen und internationaler Verpflichtungen zu nutzen, die noch nicht erledigten Tagesordnungspunkte der Fünften Ministerkonferenz abzuschließen und wichtige Umwelt- und Gesundheitsprioritäten durch die Annahme länderspezifischer „Maßnahmenkataloge“ anzugehen. Mit diesen „Katalogen“ werden die Mitgliedstaaten die politische Zusicherung abgeben:

- a) die auf der Sechsten Ministerkonferenz eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen;
- b) bei der Verwirklichung konkreter Zielvorgaben im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung, die eine nationale Priorität darstellen, weiter voranzuschreiten;
- c) ihren nationalen Besonderheiten, Prioritäten, Mitteln und Kapazitäten im „Katalog“ Rechnung zu tragen;
- d) alle relevanten staatlichen Bereiche und Ebenen (national und subnational), die aktiv werden müssen, sowie die nichtstaatlichen Akteure in jedem Mitgliedstaat einzubinden; und
- e) Ressourcen zu erschließen und zu mobilisieren sowie die notwendigen Kapazitäten zu schaffen oder zu bündeln, um die nationale Umsetzung des Aktionsplans zu unterstützen.

Die in den „Katalogen“ vorgesehenen konkreten Maßnahmen werden auf den Vorschlägen in dem der Erklärung beigefügten Umsetzungsplan beruhen und sich an den oben genannten thematischen Prioritäten orientieren.

Zudem ist auf der Sechsten Ministerkonferenz die Annahme eines erneuerten und gestrafften institutionellen Rahmens geplant, der die Verknüpfung mit den Verfahren der leitenden Organe der WHO und der UNECE sowie die Zusammenarbeit zwischen WHO, UNECE und UNEP bei der Erfüllung der in Ostrava zu beschließenden Verpflichtungen stärken dürfte.

Kontakt Daten für weitere Auskünfte

Dr. Srđan Matic, Koordinator für Umwelt und Gesundheit, Abteilung Politikgestaltung und -steuerung für Gesundheit und Wohlbefinden, matics@who.int; Tel.: +45 45 33 67 73

Francesca Racioppi, Leitende Politik- und Programmberaterin, Abteilung Politikgestaltung und -steuerung für Gesundheit und Wohlbefinden, racioppif@who.int; Tel.: +45 45 33 68 22